

# SÜDOSTEUROPA

## Mitteilungen

01 | 2014 54. Jahrgang

### Schwerpunkt Türkei

*Cemal Karakas*

Zielkonflikte in der neuen türkischen Außenpolitik

*Gülistan Gürbey*

Die Demokratisierungspolitik der AKP-Regierung

*Alpay Hekimler*

Die soziale Lage der Arbeitnehmer in der Türkei

*Hüseyin Avni Karslıoğlu*

Aktuelle Herausforderungen der türkischen Innen- und Außenpolitik



*Franz-Lothar Altmann*

Bosnien und Herzegowina und die „Dayton-Economy“

## Analysen / Positionen / Essays

---

### Schwerpunkt: Türkei

- 
- 6     *Cemal Karakas*  
**Der Umgang der Türkei mit Zielkonflikten in ihrer neuen Außenpolitik**
- 
- 22    *Gülistan Gürbey*  
**Die Demokratisierungspolitik der AKP-Regierung: Zwischen Autoritarismus und begrenzter Liberalisierung**
- 
- 34    *Alpay Hekimler*  
**Die soziale Lage der Arbeitnehmer in der Türkei: Arbeitslosigkeit und soziale Sicherung**
- 
- 50    *Hüseyin Avni Karslıoğlu*  
**Die Türkei: Aktuelle Herausforderungen in der Innen- und Außenpolitik und das Verhältnis zu Europa**
- 
- 66    *Franz-Lothar Altmann*  
**Bosnien und Herzegowina und die „Dayton-Economy“**

## Berichte

---

- 79  Vor- und Gründungsgeschichte der Südosteuropa-Gesellschaft: Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten. München, 16.-17. Dezember 2013
- 85  Rechtsextremismus und seine Bekämpfung im heutigen Europa: Ein deutsch-griechischer Erfahrungsaustausch. Landshut, 9./10. Dezember 2013
- 90  Durch Griechenlands Norden. Mitglieder-Studienreise der Südosteuropa-Gesellschaft nach Nord-Griechenland, 7.-15. September 2013
- 106  Rebellion and Protest from Maribor to Taksim – Social Movements in the Balkans. Graz, 12-14 December 2013
- 111  Soziale Folgen der Europäischen Krise im Westlichen Balkan / Südosteuropa. Berlin, 29. November 2013
- 117  Medienrecht und Selbstregulierung als Grundlagen der Pressefreiheit in Südosteuropa. Belgrad, 21.-23. Oktober 2013

# Editorial

## Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

seit Mai 2013 protestierten in Istanbul und anderen Städten der Türkei Bürger gegen Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan und seine Regierung. Zu den Vorwürfen der Anwendung übermäßiger Gewalt durch die Staatsmacht im Umfeld der Istanbuler Gezi Park-Proteste kam seither massive Kritik am autokratischen und undemokratischen Führungsstil des Premiers, unter anderem wegen Übergriffen auf die Judikative und Einschränkungen der Medien- und Meinungsfreiheit. Prekär war und ist die Lage an der Grenze zu Syrien, wo die Türkei vom Bürgerkrieg im Nachbarland in besonderer Weise betroffen ist, u.a. durch den ungebrochenen Zustrom von Flüchtlingen. Die türkische Außenpolitik des guten Verstehens mit allen Nachbarn scheint nach Meinung vieler Beobachter gescheitert. – Unser Themenschwerpunkt versucht, einige wichtige Facetten und Hintergründe der aktuellen Entwicklungen der Türkei im Inneren sowie im Äußeren aufzuzeigen.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht betrachten Cemal Karakas die Außenpolitik und Gülistan Gürbey die Demokratisierungspolitik der AKP-Regierung. Ein wichtiges Defizit der modernen türkischen Politik liege, so stellen beide sinngemäß fest, in einem instrumentellen und nicht werte-basierten Demokratieverständnis. Demokratie, so Gürbey, sei nur soweit zugelassen, wie sie einem autoritären Staatsverständnis und Regierungsstil und einem religiös-konservativen Gesellschaftsbild entspreche. Mit dieser Diagnose lassen sich sowohl die innenpolitischen Auswüchse erklären als auch die inkonsequente außenpolitische Orientierung als westlich orientierter Stabilitätsfaktor einerseits und als Partner autoritärer Staaten andererseits. Es sollte nicht vergessen werden, so schließt Karakas seinen Beitrag, „dass die Türkei nach wie vor eine ‚defekte‘ Demokratie ist, die durch unzureichende Gewaltenteilung, eingeschränkte Presse- und Meinungsfreiheit sowie mangelnde Minderheitenrechte (...) geprägt ist. Dennoch favorisieren die westlichen Partner, die Türkei mit ihrem Entwicklungsmodell in einer Leitbild-Rolle in Nahost zu sehen, als den Iran oder Saudi-Arabien mit ihren autoritär-islamistischen Herrschafts- und Gesellschaftsvorstellungen. Bekanntlich ist der Einäugige König unter den Blinden.“

Einem wenig beachteten Aspekt der türkischen Realität, der sozialen Lage und sozialen Sicherung der Arbeitnehmer, widmet sich der Ökonom Alpay Hekimler. Die unbestreitbaren Fortschritte bei der sozialen Sicherung und im kollektiven Arbeitsrecht werden stark relativiert durch niedrige Beschäftigungsquoten, insbesondere bei Frauen, einem hohen Anteil der Schattenwirtschaft und einem niedrigen Organisationsgrad der Arbeitnehmer.

Im Licht solch ernüchternder Analysen zeugt die Position des Botschafters der Republik Türkei in Berlin, H. Avni Karşlıoğlu, von großem Selbstbewusstsein und begrenzter Selbstkritik. Die Türkei habe ihre demokratischen Standards stetig erhöht und teile mit Europa zentrale Grundwerte und Interessen. Die Einhaltung demokratischer Grundregeln habe man auch beim Um-

gang mit den Gezi Park-Protesten bewiesen. In Umkehrung der Perspektive der EU-Fortschrittsberichte fällt der besorgte Blick auf Defizite in Europa: Mit Sorge sehe die Türkei die Wirtschaftskrise in der EU, so der Autor. Strukturelle Reformen, wie etwa im Bankensektor, stünden in der EU noch aus – die Türkei könne hier als Vorbild dienen. Der Botschafter verweist auch auf die großen Leistungen der Türkei bei der Aufnahme hunderttausender Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Nachbarland Syrien. Für die „zaghaften Bemühungen“ Europas angesichts der humanitären Katastrophe in Syrien hat er dagegen nur wenig Verständnis.

Schlagzeilen machten Anfang Februar 2014 die gewaltsamen Ausschreitungen in der bosniakisch-kroatischen Föderation Bosnien und Herzegowina. Der Ökonom Franz-Lothar Altmann wirft den Blick auf die Eigenheiten der „Dayton-Economy“ und auf die wirtschaftlichen Ursachen der „sozialen Wut-Explosion“. Deren Wurzeln seien zu suchen in der Frustration und Enttäuschung über die Unfähigkeit und die Weigerung der politischen Klasse, den Staat auf eine funktionierende Basis zu stellen, anstatt sich möglichst schnell selbst zu bereichern.

Einen eigenen Schwerpunkt in diesem Heft bildet der Berichtsteil – u.a. mit interessanten Dokumentationen zu Konferenzen, Workshops und der Mitglieder-Studienreise der SOG nach Nord-Griechenland.

Eine erkenntnisreiche Lektüre wünscht Ihnen  
Ihr Redaktionsteam

*Hansjörg Brey*

*Claudia Hopf*

# SÜDOSTEUROPA

## Mitteilungen

Zeitschrift der Südosteuropa-Gesellschaft

Summaries Heft 01/2014 54. Jahrgang

### Main Focus: Turkey

Cemal Karakas

#### **Turkey's Interaction with Conflicts in Its New Foreign Policy**

In the framework of a new foreign, security and development policy doctrine ("strategic depth"), the NATO-member and EU-accession candidate Turkey under the governing moderate-Islamist Justice and Development Party (AKP) has aimed to stabilize its neighborhood as a "civilian power" and "honest broker" by means of soft power.

At the same time, the government of Prime Minister Erdoğan undermines western-liberal norms and its political commitments with Western partners by deepening economic and security ties with anti-western, authoritarian countries.

These contradictory policies lead to dilemmas and conflicting goals in Ankara's new foreign policy. The national interests of Turkey, in particular the interests of the AKP government, the party's instrumental instead of normative understanding of democracy and Ankara's commitments to western partners undermine Turkey's regional power ambitions rather than contributing to them. In addition, they foil Turkey's and the AKP's role as models for Arab democracies and modern Islamist parties.

Gülistan Gürbey

#### **The Democratization Policy of the AKP Government: Between Authoritarianism and Limited Liberalization**

The democratization policy of the AKP government in Turkey is marked by the ambivalence of a limited internal liberalization and the simultaneous preservation of an authoritarian tradition and leadership.

A significant cause for this ambivalence rests in the instrumental and not value-based democratic approach which is characteristic for the mode of AKP governance.

Democracy is tolerated only if it complies with the authoritarian conception of statehood and governance as well as a conservative religion while contributing to the consolidation and enlargement of power.

Increasing demands from Turkish society for more democracy and participation – which culminated in the Gezi Park protests in Istanbul in Summer 2013 – require an adjustment to the "*zeitgeist*" and a development towards a value-based conception of democracy. This adaption process further includes the final farewell to traditionally authoritarian contents and structures.

**Alpay Hekimler**

## **The Social Situation of the Workforce in Turkey: Unemployment and Social Security**

During the past decade Turkey has changed considerably as far as its economic and social structures are concerned. The present analysis reviews whether – and if so, to what degree – the economic development in Turkey actually had an impact on the social situation of the workforce.

In this framework the current situation of the labor market with its different components is analyzed in detail. Subsequently some areas of individual as well as collective labor law that exert a prime influence on the social situation are examined. In this context the discussion focuses not only on the legal framework but also turns to implementation and its resulting effects on the Turkish workforce. Finally the social benefits granted in case of unemployment by unemployment insurance are highlighted.

**Hüseyin Avni Karslıoğlu**

## **Turkey: Challenges for Domestic and Foreign Policy and the Relationship with Europe**

The article is based on a speech of the Turkish Ambassador to Germany on 19 November 2013 in Munich. He argues that Turkey has built a solid and fast growing national economy while also upgrading democratic standards. Whereas many observers have widely criticized the authorities' reaction to the Gezi Park protests in Istanbul in Summer 2013, the author considers the events as proof for a sound functioning of democratic institutions. The “democracy package” presented by the Turkish government in September 2013 marks an important step for the long-term and thorough democratization of Turkey.

The conflict in Syria has forced more than 600.000 people from the neighboring country to take refuge in Turkey. Ankara has followed a policy of “open door” for the Syrian refugees. While this means an enormous strain for Turkey, Europe lacks commitment and solidarity with its Turkish partners and does not take up a sufficient share of the burden.

As concerns Turkey's relations with the EU, Turkey and Europe share the same basic values and interests. European states should give up their blocking attitude and restart accession negotiations. Turkey's accession to the EU will eventually enrich the EU and bring a new dynamic to the Union. Therefore Turkish membership should be a strategic goal of all parties involved.

<b>Franz-Lothar Altmann</b> <b>Bosnia and Herzegovina and the “Dayton Economy”</b>
---

The demonstrations in early February 2014 in more than 20 towns across Bosnia and Herzegovina were not ethnically motivated. Rather, they represented a desperate outburst. Ordinary citizens forcefully expressed their rising unwillingness to further tolerate the stagnation of the economy and thus of living standards on a level nearly equal to what was achieved with extensive financial support from the International Community in the very first years after the end of the war and the Dayton Accord in 1995.

The political construct of an ethnically divided state has its mirroring impact on the complicated economic order which blocks any attempts to achieve a sound economic recovery of Bosnia and Herzegovina. The negative features characterizing the Bosnian economy are numerous. They include stagnant and even decreasing industrial production, an overdimensioned and costly bureaucracy, constant high deficits in external trade, high unemployment accompanied by a partly compensating informal economic sector and weak social security structures.